

Landtag

19. Wahlperiode

26. Sitzung vom 27. Juni 2013

Sitzungsbericht

(Beginn um 9.02 Uhr.)

Vorsitzende: Erster Präsident Prof Harry Kopietz, Zweiter Präsident Johann Herzog und Dritte Präsidentin Marianne Klicka.

Schriftführerinnen bzw Schriftführer: Abg Michael Dadak, Abg Mag Barbara Feldmann, Abg Martin Flicker, Abg Peter Florianschütz, Abg Ilse Graf, Abg Eva-Maria Hatzl, Abg Waltraud Karner-Kremser, MAS, Abg Dietrich Kops, Abg Dipl-Ing Martin Margulies, Abg Anica Matzka-Dojder, Abg Ernst Nevrivy, Abg Ing Bernhard Rösch, Abg Mag Gerhard Spitzer und Abg Christian Unger.

Präsident Johann Herzog eröffnet die Sitzung.

1. Entschuldigt sind Abg Mag Nicole Berger-Krotsch, Abg Mag Dietbert Kowarik, Abg Prof Dr Elisabeth Vitouch und zeitweilig Abg Dr Wolfgang Aigner, Abg Martin Flicker, Abg Peter Florianschütz, Abg Gerhard Haslinger, Dritte Präsidentin Marianne Klicka, Abg Dr Claudia Laschan, Abg Anton Mahdalik, Abg Uta Meyer, Abg Christoph Peschek, Abg Katharina Schinner sowie Abg Friedrich Strobl.

2. In der Fragestunde werden von den Präsidenten Johann Herzog und Prof Harry Kopietz folgende Anfragen aufgerufen und von den Befragten beantwortet:

1. Anfrage (FSP - 02215-2013/0001 - KSP/LM) Abg Mag Sybille Straubinger an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Umwelt:

"Das Hochwasserereignis von Anfang Juni 2013 verursachte mit einem Pegel von 810 cm den höchsten Wasserstand seit dem Bestehen der Donauinsel. Dennoch konnte das Katastrophenereignis schadlos abgeführt werden. Welche bisher gesetzten Maßnahmen haben dazu beigetragen und welche zukünftigen Hochwasserschutzmaßnahmen wird Wien noch setzen?"

2. Anfrage (FSP - 02220-2013/0001 - KU/LM) Abg Dr Wolfgang Aigner an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales:

"Die Spitalsambulanzen werden vielfach von Personen in Anspruch genommen, die aus medizinischer Sicht ohne Probleme auch im niedergelassenen Bereich versorgt werden könnten. Dieser Ansturm auf die Ambulanzen führt zum einen zu einer immensen Kostenbelastung für die Spitalserhalter, zum anderen können die Ambulanzen ihre ureigene Aufgabe - die Akutversorgung von echten Notfällen - nur mehr eingeschränkt wahrnehmen. Das (von der AUVA betriebene) Lorenz Böhler-Unfallkrankenhaus reagiert auf diese Zustände und schließt nunmehr seine Ambulanz in den Nachtstunden. Ein Beispiel, das im Interesse der Patienten nicht Schule machen sollte. Sehen Sie auf gesetzlicher Ebene einen konkreten Handlungsbedarf, um der nicht notwendigen Inanspruchnahme der Spitalsambulanzen Einhalt zu gebieten und die Menschen in den niedergelassenen Bereich zu lenken?"

3. Anfrage (FSP - 02218-2013/0001 - KVP/LM) Abg Dipl-Ing Roman Stiftner an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenenschutz und Personal:

"Die Prostitution sorgt in Wien wieder für Diskussionen. In Liesing hat sich am Rand des Industriegebietes (Brunner Straße) ein Straßenstrich etabliert. Herumliegende Kondome, Müll auf den Parkplätzen sowie Belästigungen von Frauen auf der Straße sorgten für Beschwerden. Eine unzumutbare Situation ortete die Wiener Polizei und reagierte mit einer Verordnung. Ab Anfang Juli wird der Straßenstrich entlang der Brunner Straße untertags verboten. Prostituierte dürfen dann nur mehr nachts ihre Dienste anbieten. Für den Liesinger SPÖ-Bezirksvorsteher Gerald Bischof und die Bezirksvertretung ist das aber nur ein erster Schritt. Sie fordern ein totales Verbot. Damit zeigt sich einmal mehr, dass das Wiener Prostitutionsgesetz, wie von Seiten der ÖVP erwartet, gescheitert ist. Wann endlich gedenken Sie zu reagieren und das Gesetz zu novellieren (Vorschlag: Verbot der Straßenprostitution)?"

4. Anfrage (FSP - 02217-2013/0001 - KFP/LM) Abg Mag Wolfgang Jung an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenenschutz und Personal:

"Die Prostitution in Liesing wird zunehmend zum Problem für den Bezirk. Bezirksvorsteher Bischof hat deswegen in mehreren Erklärungen festgestellt, dass er für ein Verbot der Straßenprostitution bei Ihnen vorstellig werden wird, weil die gegenwärtige Gesetzeslage nicht ausreichend ist. Außerdem hat er laut Kronenzeitung festgestellt, dass im Bereich Karlberggasse eine Verbotszone eingerichtet würde. Hat der Herr Bezirksvorsteher des 23. Bezirks im Hinblick auf eine allfällige Novellierung des Prostitutionsgesetzes bei Ihnen vorgesprochen?"

5. Anfrage (FSP - 02216-2013/0001 - KSP/LM) Abg Mag Gerhard Spitzer an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung:

"Die EU-Kommission hat den Aktionsplan 'Europäische Strategie für den Donaauraum' vorgelegt. Welche Maßnahmen werden seitens Wien gesetzt, um den Zielen dieser Strategie zu entsprechen?"

3. (AST - 02201-2013/0002 - KSP/AL) In der Aktuellen Stunde findet auf Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates eine Aussprache über das Thema "Hilfe zur Selbsthilfe: Die Wiener Mindestsicherung - eine moderne, bedarfsgerechte und treffsichere Leistung" statt.

(Rednerinnen bzw Redner: Abg Gabriele Mörk, Abg Ingrid Korosec, Abg Birgit Hebein, Abg Wolfgang Seidl, Abg Dr Wolfgang Ulm, Abg David Ellensohn, Abg Ing Bernhard Rösch und Abg Christian Deutsch.)

4. Präsident Prof Harry Kopietz erteilt Abg Wolfgang Seidl gemäß § 2 Abs 5 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien einen Ordnungsruf für die Verunglimpfung der Rede von Abg Birgit Hebein als „Schauspiel“.

(Redner zur Geschäftsordnung: Abg Mag Johann Gudenus, M.A.I.S.)

5. Gemäß § 30 b der Geschäftsordnung des Landtages für Wien wurde folgende Gesetzesvorlage eingebracht:

(LG - 02383-2013/0001/LAT) Abg Erich Valentin, Abg Mag Jürgen Wutzlhofer, Abg Heinz Hufnagl, Abg Waltraud Karner-Kremser, MAS, Abg Ernst Holzmann, Abg Ernst Nevrvy, Abg Ingrid Schubert, Abg Mag Gerhard Spitzer, Abg Mag Rüdiger Maresch und Abg Dr Jennifer Kickert haben am 25. Juni 2013 eine Gesetzesvorlage hinsichtlich einer Änderung des Gesetzes betreffend die Regelung des Kinowesens (Wiener Kinogesetz 1955), LGBl Nr 18/1955, zuletzt geändert durch LGBl Nr 19/2013, zur Abschaffung des Filmbeirates der Stadt Wien eingebracht, welche dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft zugewiesen wurde.

6. Präsident Prof Harry Kopietz nimmt eine Umstellung der Tagesordnung insofern vor, als die Postnummern wie folgt gereiht werden:

Postnummern: 1, 4, 2, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15 und 16.

7. Präsident Prof Harry Kopietz begrüßt die Abgeordneten zum Europäischen Parlament Mag Ulrike Lunacek, Mag Eveline Regner, Mag Othmar Karas, M.B.L. und Andreas Mölzer.

Auf Vorschlag von Präsident Prof Harry Kopietz beschließt der Landtag einstimmig, die auf der Tagesordnung stehende Wahl durch Handerheben durchzuführen:

8. (01990-2013/0001-MDLTG; P 1) Bundesrätin Monika Kemperle und das an gleicher Stelle gereichte Ersatzmitglied Abg Martina Ludwig-Faymann haben am 27. Juni 2013 ihr an 3. Stelle gereichtes Mandat im Bundesrat zurückgelegt.

Auf Vorschlag der Sozialdemokratischen Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates werden auf das Mandat an 3. Stelle Ilse Fetik und als an gleicher Stelle gereichtes Ersatzmitglied Abg Martina Ludwig-Faymann gewählt.

Berichterstatterin: LhptmStin Mag Renate *Brauner*

9. (LG - 00798-2013/0001, P 4) Die in der Beilage Nr 11 enthaltene Vorlage des Gesetzes über die risikoaverse Ausrichtung der Finanzgebarung wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

(PGL - 02408-2013/0001/LAT) Der Beschluss-(Resolutions-)Antrag von Abg Dr Monika Vana, Abg Dipl-Ing Martin Margulies, Abg Senol Akkilic, Abg Birgit Hebein, Abg Mag Klaus Werner-Lobo, Abg Mag Rüdiger Maresch, Abg Ernst Woller, Abg Dipl-Ing Omar Al-Rawi, Abg Mag Muna Duzdar, Abg Heinz Hufnagl, Abg Siegi Lindenmayr und Abg Mag Sybille Straubinger betreffend Finanztransaktionssteuer ist nicht zulässig.

(PGL - 02409-2013/0001 - KVP/LAT) Der Beschluss-(Resolutions-)Antrag von Abg Mag Alexander Neuhuber, Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger, Abg Dr Wolfgang Ulm und Abg Norbert WALTER, MAS betreffend Gesetz über die risikoaverse Ausrichtung der Finanzgebarung - Einbeziehung der Unternehmen im Eigentum der Stadt Wien wird der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke zugewiesen.

(Rednerinnen bzw Redner: EP-Abg Mag Othmar Karas, M.B.L., EP-Abg Mag Ulrike Lunacek, EP-Abg Andreas Mölzer, EP-Abg Mag Eveline Regner, Abg Mag Barbara Feldmann, Abg Dr Monika Vana, Abg Mag Wolfgang Jung, Abg Dipl-Ing Omar Al-Rawi, Abg Mag Alexander Neuhuber, Abg Dipl-Ing Martin Margulies, Abg Mag Dr Barbara

Kappel und Abg Mag Muna Duzdar.)

10. Präsident Prof Harry Kopietz erteilt Abg David Ellensohn gemäß § 2 Abs 5 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien einen Ordnungsruf für die Verwendung der Worte „blödes Geschwätz“.

Berichterstatterin: Amtsf StRin Sandra *Frauenberger*

11. (LG - 04503-2012/0001, P 2) Die in der Beilage Nr 8 enthaltene Vorlage des Wiener Vergaberechtsschutzgesetzes 2014 (WVRG 2014) wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

Berichterstatterin: Amtsf StRin Sandra *Frauenberger*

12. (LG - 01199-2013/0001, P 3) Die in der Beilage Nr 16 enthaltene Vorlage des Gesetzes, mit dem die Dienstordnung 1994 (33. Novelle zur Dienstordnung 1994), die Besoldungsordnung 1994 (42. Novelle zur Besoldungsordnung 1994), die Vertragsbedienstetenordnung 1995 (39. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1995), das Unfallfürsorgegesetz 1967 (19. Novelle zum Unfallfürsorgegesetz 1967), das Ruhe- und Versorgungsgenusszulagegesetz 1995 (12. Novelle zum Ruhe- und Versorgungsgenusszulagegesetz 1995), das Wiener Gleichbehandlungsgesetz (14. Novelle zum Wiener Gleichbehandlungsgesetz), das Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998 (7. Novelle zum Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998), das Wiener Landeslehrer und Landeslehrerinnen-Diensthoheitsgesetz 1978 (7. Novelle zum Wiener Landeslehrer und Landeslehrerinnen-Diensthoheitsgesetz 1978), das Wiener Verwaltungssenat-Dienstrechtsgesetz 1995 (13. Novelle zum Wiener Verwaltungssenat-Dienstrechtsgesetz 1995), das Wiener Verwaltungsgericht-Dienstrechtsgesetz (1. Novelle zum Wiener Verwaltungsgericht-Dienstrechtsgesetz), das Wiener Ausländergrunderwerbsgesetz (5. Novelle zum Wiener Ausländergrunderwerbsgesetz), das Wiener Landes-Sicherheitsgesetz (7. Novelle zum Wiener Landes-Sicherheitsgesetz), das Gesetz, mit dem der Landespolizeidirektion Wien die Mitwirkung an der Vollziehung bestimmter ortspolizeilicher Verordnungen übertragen wird (3. Novelle zum Gesetz, mit dem der Landespolizeidirektion Wien die Mitwirkung an der Vollziehung bestimmter ortspolizeilicher Verordnungen übertragen wird), das Wiener Prostitutionsgesetz 2011 (2. Novelle zum Wiener Prostitutionsgesetz 2011), das Gesetz betreffend den Rahmen für die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1082/2006 über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (1. Novelle zum Gesetz betreffend den Rahmen für die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1082/2006 über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit), das Wiener Landes-Stiftungs- und Fondsgesetz (3. Novelle zum Wiener Landes-Stiftungs- und Fondsgesetz), das Wiener Volksbefragungsgesetz (4. Novelle zum Wiener Volksbefragungsgesetz), das Wiener Volksbegehrensgesetz (3. Novelle zum Wiener Volksbegehrensgesetz), das Wiener Auskunftspflichtgesetz (2. Novelle zum Wiener Auskunftspflichtgesetz) und das Wiener Informationsweiterverwendungsgesetz (1. Novelle zum Wiener Informationsweiterverwendungsgesetz) geändert werden (Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetz Dienstrecht und innere Verwaltung), wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

(PGL - 02410-2013/0001/LAT) Der Abänderungsantrag von Abg Dipl-Ing Martin Margulies, Abg David Ellensohn, Abg Birgit Hebein, Abg Dr Jennifer Kickert, Abg Dr Monika

Vana, Abg Dipl-Ing Rudi Schicker, Abg Dr Kurt Stürzenbecher, Abg Godwin Schuster, Abg Nurten Yilmaz, Abg Franz Ekkamp und Abg Silvia Rubik zum Entwurf eines Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetzes Dienstrecht und innere Verwaltung wird angenommen.

(PGL - 02411-2013/0001 - KFP/LAT) Der Beschluss-(Resolutions-)Antrag von Abg Ing Bernhard Rösch betreffend Gehaltsanpassung für die Beamten und Vertragsbediensteten Wiens wird abgelehnt.

(Redner: Abg Dr Wolfgang Ulm, Abg Dipl-Ing Martin Margulies, Abg Ing Bernhard Rösch und Abg Dr Kurt Stürzenbecher.)

Berichterstatter: Amtsf StR Christian *Oxonitsch*

13. (LG - 02880-2012/0001, P 5) Die in der Beilage Nr 6 enthaltene Vorlage des Gesetzes betreffend Wiener Kindertagesheimgesetz und Wiener Frühförderungsgesetz wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

14. Präsident Prof Harry Kopietz begrüßt die Kinder- und Jugendanwältin DSA Monika Pinterits und Dr Anton Schmid.

Berichterstatter: Amtsf StR Christian *Oxonitsch*

15. (01380-2013/0001-GJS, P 6) Der Tätigkeitsbericht 2012 der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien wird zur Kenntnis genommen.

(Rednerinnen bzw Redner: Abg Mag Ines Anger-Koch, Abg Birgit Hebein, Abg Mag Günter Kasal und Abg Christoph Peschek.)

Berichterstatter: Abg Ernst *Woller*

16. (01901-2013/0001-GKU, P 7) Der Bericht des Kuratoriums der Museen der Stadt Wien über das Jahr 2012 an den Wiener Landtag wird zur Kenntnis genommen.

Berichterstatterin: Amtsf StRin Mag Sonja *Wehsely*

17. (LG - 01885-2012/0001, P 8) Die in der Beilage Nr 5 enthaltene Vorlage des Gesetzes, mit dem das Gesetz über Sozialbetreuungsberufe in Wien - Wiener Sozialbetreuungsberufegesetz - WSBBG geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

Berichterstatterin: Amtsf StRin Mag Sonja *Wehsely*

18. (LG - 04784-2012/0001, P 9) Die in der Beilage Nr 14 enthaltene Vorlage des Gesetzes, mit dem das Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 - Wr KAG geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

Berichterstatterin: Amtsf StRin Mag Sonja *Wehsely*

19. (LG - 00165-2013/0001, P 10) Die in der Beilage Nr 10 enthaltene Vorlage des Gesetzes, mit dem das Wiener Heilvorkommen- und Kuranstaltengesetz - WHKG, das Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 - Wr KAG, das Wiener Leichen- und Bestattungsgesetz - WLBG, das Chancengleichheitsgesetz Wien - CGW, das Wiener Mindestsicherungsgesetz - WMG, das Wiener Heimhilfeeinrichtungsgesetz - WHEG, das Wiener Sozialbetreuungsberufegesetz - WSBBG, das Wiener Sozialhilfegesetz - WSHG und das Wiener Wohn- und Pflegeheimgesetz - WWPG geändert werden (Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetz Gesundheit und Soziales), wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

Berichterstatterin: Amtsf StRin Mag Sonja *Wehsely*

20. (LG - 01877-2013/0001/LAT, P 11) Die in der Beilage Nr 15 enthaltene Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Errichtung eines Wiener Gesundheitsfonds (Wiener Gesundheitsfonds-Gesetz 2013) erlassen wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

(PGL - 02412-2013/0001/LAT) Der Abänderungsantrag von Abg Christian Deutsch, Abg Marianne Klicka, Abg Gabriele Mörk, Abg Kurt Wagner und Abg Dr Jennifer Kickert betreffend das Gesetz über die Errichtung eines Wiener Gesundheitsfonds (Wiener Gesundheitsfonds-Gesetz 2013) wird angenommen.

(Rednerinnen bzw Redner: Abg Ingrid Korosec, Abg Univ-Prof Dr Peter Frigo, Abg Christian Deutsch und Abg Dr Jennifer Kickert.)

21. Präsident Johann Herzog begrüßt die Wiener Pflege-, Patientinnen- und Patientenanwältin Dr Sigrid Pilz.

Berichterstatterin: Amtsf StRin Mag Sonja *Wehsely*

22. (01775-2013/0001-GGS, P 12) Der Bericht der Wiener Pflege-, Patientinnen- und Patientenanwaltschaft über ihre Tätigkeit im Jahr 2012 wird zur Kenntnis genommen.

(Rednerinnen bzw Redner: Abg Ingrid Korosec, Abg Dr Jennifer Kickert, Abg Wolfgang Seidl, Dritte Präsidentin Marianne Klicka, Abg Ing Bernhard Rösch, Abg Univ-Prof Dr Peter Frigo und Wiener Pflege-, Patientinnen- und Patientenanwältin Dr Sigrid Pilz.)

Berichterstatterin: Amtsf StRin Mag Ulli *Sima*

23. (LG - 00138-2013/0001, P 13) Die in der Beilage Nr 7 enthaltene Vorlage des Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetzes Landeskultur wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

(PGL - 02413-2013/0001/LAT) Der Abänderungsantrag von Abg Erich Valentin, Abg Waltraud Karner-Kremser, MAS, Abg Mag Jürgen Wutzlhofer, Abg Ernst Holzmann und Abg Mag Rüdiger Maresch zum Entwurf eines Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetzes Landeskultur wird angenommen.

(Redner: Abg Mag Jürgen Wutzlhofer.)

Berichterstatterin: Amtsf StRin Mag Ulli *Sima*

24. (LG - 00245-2013/0001, P 14) Die in der Beilage Nr 9 enthaltene Vorlage des Gesetzes, mit dem das Wiener Abfallwirtschaftsgesetz, das Wiener Baumschutzgesetz, das Wiener IPPC-Anlagengesetz, das Wiener Nationalparkgesetz, das Wiener Naturschutzgesetz, das Wiener Umwelthaftungsgesetz, das Wiener Umweltinformationsgesetz, das Wiener Umweltschutzgesetz, das Wiener Veranstaltungsgesetz und das Wiener Veranstaltungsstättengesetz geändert werden (Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetz - Umweltschutz und Veranstaltungswesen), wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

Berichterstatterin: Amtsf StRin Mag Ulli *Sima*

25. (LG - 00499-2013/0001, P 15) Die in der Beilage Nr 12 enthaltene Vorlage des Gesetzes über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung 2013 (Wiener IPPC-Anlagengesetz 2013 - WIAG 2013), wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

Berichterstatter: Amtsf StR Dr Michael *LUDWIG*

26. (LG - 00173-2013/0001, P 16) Die in der Beilage Nr 13 enthaltene Vorlage des Gesetzes, mit dem die Bauordnung für Wien, das Wiener Kleingartengesetz 1996, das Wiener Garagengesetz 2008, das Wiener Aufzugsgesetz 2006, das Wiener Ölfeuerungs-gesetz 2006, das Wiener Bauprodukte- und Akkreditierungsgesetz, das Wiener Geodateninfrastrukturgesetz, das Wiener Feuerpolizei-, Luftreinhalte- und Klimaanlagengesetz, das Wiener Katastrophenhilfe- und Krisenmanagementgesetz, das Wiener Elektrizitätswirtschaftsgesetz 2005, das Wiener Gasgesetz 2006, das Wiener

Starkstromweegegesetz 1969 und das Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz – WWFSG 1989 geändert werden (Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetz - Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung), wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

(Schluss um 17.05 Uhr.)